

## **Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Vaihingen**

---

**Datum** 27. März 2017  
**Beginn** 19:00 Uhr  
**Ende** 21:40 Uhr  
**Ort** Häussler Bürgerforum, Bürgersaal,  
Schwabenplatz 3, 70563 Stuttgart,

---

**Vorsitz** Oberbürgermeister Kuhn  
**Protokollführung** Frau Stückle, stv. Bezirksvorsteherin

### **I. Begrüßung durch den Bezirksvorsteher**

Bezirksvorsteher Meinhardt begrüßt die Bürgerinnen und Bürger herzlich zur Einwohnerversammlung im Rudi-Häussler-Bürgersaal. Er freut sich, dass die Bürgerinnen und Bürger zahlreich gekommen sind und heißt alle recht herzlich willkommen.

Sein besonderer Willkommensgruß gilt Herrn Oberbürgermeister Kuhn, der die Versammlung leiten werde. Anwesend seien auch, worüber er sich ebenfalls sehr freue, der Bürgermeister für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen, Herr Föll, der Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht, Herr Dr. Mayer, der zuständige Bürgermeister für Soziales und gesellschaftliche Integration, Herr Wölfle, der Bürgermeister für Städtebau und Umwelt, Herr Pätzold und der zuständige Bürgermeister für das technische Referat, Herr Thürnau. Der Bürgermeister für Sicherheit, Ordnung und Sport, Herr Dr. Schairer, werde im Laufe des Abends noch erwartet. Der Bezirksvorsteher grüßt alle sehr herzlich und freut sich, dass man sich gemeinsam die Zeit nehme, sich die Sorgen und Nöte der Vaihinger Bürgerinnen und Bürger anzuhören.

Aus diesem Grund möchte er die Vaihingerinnen und Vaihinger motivieren, sich rege an der Aussprache zu beteiligen. Er gehe davon aus, dass es an aktuellen Themen in Vaihingen nicht mangle. Bei Bedarf stünden für Fragen auch Wortmeldezettel zur Verfügung.

Ebenso herzlich begrüßt Bezirksvorsteher Meinhardt die Damen und Herren des Gemeinderats, die sich im Laufe des Abends ein Bild davon machen können, wo die

Vaihinger der Schuh drücke. Soweit er feststellen konnte, seien unter den Versammelten Frau Prof. Dr. Dorit Loos (CDU), Herr Jürgen Sauer (CDU), Frau Petra Rühle (B90/Grüne), Herr Hans Pfeifer (SPD), Herr Stefan Ubat (SÖS-LINKE-PLuS) und Herr Michael Conz (FDP).

Die Mitglieder des Bezirksbeirats würden sicherlich mit besonderer Aufmerksamkeit die Diskussion am Abend verfolgen. Ihnen gelte ebenfalls sein Willkommensgruß. Genauso freue er sich und begrüßt den Vertreter des Jugendrates.

Gerne hätte der Bezirksvorsteher in nachbarschaftlicher Verbundenheit seine Kollegin Frau Weis aus Möhringen begrüßt, die aber kurzfristig absagen musste. Außerdem begrüßt er seine Kollegin Frau Klöber aus Feuerbach und seinen Amtsvorgänger Herrn Burkhardt, der 20 Jahre engagiert als Bezirksvorsteher von Vaihingen gewirkt hatte.

Zu guter Letzt werden die Damen und Herren der Presse herzlich willkommen heißen. Herr Meinhardt stellt fest, dass auch auf der lokalen Ebene die Arbeit des Bezirksbeirats die Begleitung der Medien brauche. Weiter dankte er für die vielfältige Unterstützung, für die Vorberichte zur heutigen Versammlung und für die Berichterstattung über den Verlauf der Einwohnerversammlung.

Sein Dank gilt aber auch all denjenigen, die die Einwohnerversammlung organisiert haben, und die für einen reibungslosen Ablauf des Abends sorgen: allen voran Frau Weiß vom Haupt- und Personalamt, dem Sitzungsdienst, der Technik, den Mitarbeitern vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung und von der Stabsabteilung Kommunikation, der Polizei, der DRK-Bereitschaft Vaihingen und natürlich den Mitarbeiterinnen im Bezirksamt.

Für den Fall, dass er jemanden vergessen oder übersehen haben sollte, bittet er um Nachsicht: Ihr oder ihm gelte sein Willkommensgruß ebenso.

Er weist die Bürgerinnen und Bürger auf die vertauschten Rollen hin: Die Damen und Herren des Gemeinderats und des Bezirksbeirats hörten den Bürgerinnen und Bürgern zu und seien gespannt auf die Redebeiträge. Abschließend bittet Bezirksvorsteher Meinhardt Herrn Oberbürgermeister Kuhn ans Mikrofon.

## **II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn**

Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Bezirksvorsteher Meinhardt, die Stadt- und Bezirksbeiräte und alle Vaihingerinnen und Vaihinger und freut sich auf die nachfolgende Diskussion und den Austausch.

Er kündigt an, zunächst etwas zu den wichtigen Vaihinger Themen zu sagen und im Anschluss den Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit zu geben zu jedem dieser oder zu anderen Themen zu fragen, zu diskutieren, die Meinung zu äußern. Er erläutert weiter, dass der Sinn der Einwohnerversammlungen der sei, dass die Bürgermeister zuhören und ein Austausch stattfindet. Die Stadtspitze würde die Antworten geben, die sie geben könne und fehlende Antworten auf unklare

Sachverhalte nachreichen. Hierzu sei es notwendig, dass die nachfragenden Bürger ihre Namen und Adressen hinterließen.

Oberbürgermeister Kuhn beginnt seinen Rückblick im Jahr 1803. In diesem Jahr sei Vaihingen zum Königreich Württemberg gekommen. Zu dieser Zeit hatten in Vaihingen 1.300 Einwohner, vor allem Bauern und Handwerker gelebt. Mit dem Bau der Gäubahn im Jahr 1887 und der ersten Straßenbahn 1926 sei die Einwohnerzahl enorm gewachsen. Vaihingen habe sich schon immer durch verkehrspolitische Grundentscheidungen weiterentwickelt und sei durch die Ansiedlung der Wirtschaft zu dem geworden, was es heute ist.

Heute habe der Stadtbezirk 45.783 Einwohner und sei damit von der Einwohnerzahl her der zweitgrößte der äußeren Bezirke der Stadt Stuttgart nach Bad Cannstatt. Mit 2.089 Hektar sei es aber der flächengrößte Stuttgarter Außenbezirk.

Vaihingen zeichne sich aus durch extrem viel Grün und Naherholungsmöglichkeiten. Wenn man die Landkarte betrachte, erkenne man, dass an Vaihingen wie an kaum einen anderen Stadtbezirk ein Wald nach dem anderen angrenzt. Von Vaihingen aus könne man nach Feuerbach oder nach Sindelfingen wandern. Neben Vaihingen sei nur noch Botnang ein Stadtbezirk, der so viel Grün- und Freizeitflächen zu bieten habe. Oberbürgermeister Kuhn bedauert, dass viele Bürgerinnen und Bürger diese Tatsache nicht wahrnehmen würden. Man sehe nur die sehr starke Besiedelung Vaihingens und blende die vorhandenen Freizeitmöglichkeiten gerne aus.

Im Vaihinger Zentrum sei eine gute Nahversorgung vorhanden, leider aber nicht in den umliegenden Stadtteilen. So würde die Nahversorgung im Dachswald viel diskutiert und sei auch in Bösingen nicht mehr so gut vorhanden.

Oberbürgermeister Kuhn erläutert den sehr guten ÖPNV. So sei Vaihingen über drei S-Bahn-Linien, der S1, S2 und S3 und mit vier Stadtbahnlinien, der U1, U3, U8 und U12 verbunden. Er gibt den Ausblick, dass die U12, die seit rund einem Jahr bis nach Dürrolewang fährt, im Herbst des Jahres bis Remseck fahren und sich zu einer zentralen Linie über die Innenstadt entwickeln werden. Weiterhin fahren in Vaihingen die Buslinien 80, 81, 82, 84, 91 und 92. Es sei ihm bekannt, dass vor allem vom Jugendrat für den 82er eine bessere Taktung gewünscht werde, allerdings sei das immer eine Frage der Finanzierbarkeit durch die SSB. Dennoch könne man darüber sprechen, vor allem über die Taktung während der Hauptverkehrszeiten.

Das starke und aktive Vaihinger Vereinsleben mit 120 Vereinen und Initiativen müsse ebenfalls positiv festgehalten werden.

Im Vergleich läge das Durchschnittsalter in Vaihingen mit 51 Jahren etwas unter dem zum gesamtstuttgarter Schnitt. 37,4 Prozent der Menschen in Vaihingen hätten einen Migrations-Hintergrund. In ganz Stuttgart wären es 44,1 Prozent.

Die Schulversorgung in Vaihingen sei gut. Dennoch bliebe in Fragen von Sanierung, Umbau, Ausbau, Schul-Campus, Hegel-Gymnasium und vielem anderen mehr noch viel zu tun.

In der Versorgung mit Kindergartenplätzen gebe es das Problem, dass inzwischen die Betreuung der ein- bis dreijährigen Kinder, auch im Ganztagsbetrieb stark

nachgefragt würden. In Vaihingen wäre ein Deckungsgrad von 63 Prozent notwendig, um von einer Vollversorgung sprechen zu können, allerdings könnten nur 41 Prozent erreicht werden. Vom Gemeinderat seien 166 weitere stadtweite Kindergartenplätze beschlossen worden, sodass ein Versorgungsgrad von 55 Prozent erreicht werden könne. Das große Problem in diesem Zusammenhang sei es aber, geeignete Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen, um die alle Kommunen des Landes gleichermaßen konkurrierten. Deshalb bilde die Stadt Stuttgart selber Erzieherinnen und Erzieher aus und versuche diese bei der Stadt zu halten.

Ein Haupthindernis in diesem Zusammenhang sei der für diesen Berufszweig fehlende bezahlbare Wohnraum in Stuttgart. Würde die Stadt die Erzieherinnen und Erzieher subventionieren, müsste sie dies auch in vielen anderen Berufssparten, wie zum Beispiel den Altenpflegern tun. Daher bleibe ein zentrales städtischen Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Vaihingen sei einer der sichereren Stadtbezirke, in dem acht Prozent der Stuttgarter Bevölkerung lebten, aber nur 3,3 Prozent der Straftaten begangen würden. Gegenüber dem Vorjahr gebe es im Jahr 2015 einen Rückgang von Straftaten um acht Prozent. Sobald aktuellere Zahlen vorlägen, könnten diese im Amtsblatt nachgelesen werden. Von Seiten des Ordnungsbürgermeisters Dr. Schairer seien weitere Präventionsmaßnahmen zum Beispiel gegen Einbrüche geplant. Der Oberbürgermeister appelliert an die Bevölkerung, dass neben den Präventionsmaßnahmen durch die Stadtverwaltung, auch die Wachsamkeit der Bürgerschaft gegenseitig wichtig sei.

Oberbürgermeister Kuhn stellt fest, dass die Stadt Stuttgart im Zusammenhang mit der Aufnahme der insgesamt 8.500 Flüchtlinge Großes geleistet habe, auch in Vaihingen. Sein herzlicher Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helfern und Unterstützern, die sich aktiv für die Stadtgesellschaft einsetzten. Dennoch sei eine gute Integration, in Form von Erlernen der deutschen Sprache, Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum und Arbeit, ein weiteres wichtiges Thema. Er ermutigt alle Gewerbebetreibenden, die Arbeitskräfte suchten, zum Beispiel mit Bürgermeister Wölfle in Kontakt zu treten und Arbeitsplätze für die hier lebenden Flüchtlinge anzubieten.

Oberbürgermeister Kuhn führt weiter aus, dass Vaihingen ein Forschungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsschwerpunkt der Sonderklasse sei. Die Universität mit vielen interessanten Studiengängen und Instituten seien hier angesiedelt. So befänden sich sechs Fraunhofer-, sowie zwei Max-Planck-Institute, wie auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt oder das Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoffforschung und die Hochschule für Medien in Vaihingen. Jährlich würden hier achzig Patente entwickelt und angemeldet werden. Acht Tausend Beschäftigte arbeiten in den den genannten Wissenschaftseinrichtungen, 24 Tausend Menschen studierten in Vaihingen. Hinzu kämen drei Tausend Beschäftigte im Industriegebiet STEP, das als Paradedegewerbegebiet für Firmen und für Dienstleistungen mit indirektem Wissenensschaftsbezug angesehen werden könne.

Er bittet die Vaihingerinnen und Vahinger neben den störenden Faktoren, wie zum Beispiel der die Verkehrsbelastung, zu bedenken, welche Vorteile daraus entstehen. Weiter erklärt Oberbürgermeister Kuhn, sei sein politisches Ziel, dass Stuttgart nachhaltig werde. Nachhaltigkeit bedeute im internationalen Sinne, wirtschaftlich

erfolgreich zu sein, weil es ohne wirtschaftlichen Erfolg an Arbeitsplätzen fehle. Es müsse ökologisch stimmen und stets sozial gerecht zugehen. Wenn Wirtschaftlichkeit, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht im Einklang wären, käme eine Stadt nicht voran. Aus diesem Grund betone er den Wert, welchen die in Vaihingen ansässige Forschung und Entwicklung als Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt darstelle.

Oberbürgermeister Kuhn erklärt, dass der Synergiepark mit 120 Hektar das größte Industriegebiet in Stuttgart und eines der größten in Baden-Württemberg sei. Derzeit arbeiteten hier 20 Tausend Beschäftigte. Durch die geplanten Neubauten der Allianz AG und der Daimler AG werden die Zahlen der Beschäftigten weiter steigen. Firmen mit Weltruf, wie Dekra, Lapp, die Baufirma Julius Bach und der Sparkassenverlag seien in Vaihingen vertreten. Die Daimler AG werde bauen und nach Wunsch des Oberbürgermeisters auch die Allianz AG.

Die Diskussionen des Bezirksbeirats zum Thema Allianz seien dem Oberbürgermeister bekannt und er könne manche Fragestellung nachvollziehen. Er erklärt aber, dass es für ihn und seine Bürgermeister-Kollegen, insbesondere Wirtschaftsbürgermeister Föll, darum ginge, die Allianz als nicht unerheblichen Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber in Stuttgart zu halten. Denn in Bezug auf seine Ausführungen zur Nachhaltigkeit werden die Aufgaben, die im Bereich der Kultur, der Ökologie und des Verkehrs zu bewältigen sind, ohne wirtschaftlichen Erfolg nicht zu schaffen sein. Er erklärt, dass die Oberbürgermeister im Umland von Stuttgart gerne eine Firma wie die Allianz bei sich ansiedeln lassen würden, aber die Stadt könne es sich nicht leisten, egal welchen Wirtschaftszweig zu vertreiben. Er fordert die Skeptiker auf, sich auch mit den Vorteilen der Ansiedlung durch die Allianz zu beschäftigen und bestätigt gleichzeitig, sich den aufgeworfenen Fragen zur Frischluftschneise, der alten Eiche, dem Verkehr und der Anbindung an den ÖPNV zu stellen und bestmögliche Lösungen erarbeiten zu wollen. Grundsätzlich wachse der Anteil der Beschäftigten, die den ÖPNV nutzten. Auch die Allianz habe nun nach starkem Drängen der Stadtverwaltung beschlossen, ein JobTicket einzuführen. Nachdem bei Porsche und Daimler nach Einführung des JobTickets der Anteil derer, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fuhren, angestiegen sei, könne man auch bei der Allianz davon ausgehen, zumal der Synergiepark mit der U12 und der S-Bahn, sowie dem anstehenden Ausbau des Regionalbahnhalts in Vaihingen, sehr gut erschlossen sei. An dieser Stelle sei ihm zusammen mit Landesverkehrsminister Winfried Hermann und Regionalpräsident Thomas Bopp eine nachträgliche Verbesserung von Stuttgart 21 gelungen.

Außerdem werde Bürgermeister Dr. Schairer Auskunft darüber erteilen können, welche Alternativen für die auf dem Gelände der Allianz befindlichen Turnhallen und der Sportanlage des TSV Georgii Allianz erarbeitet wurden. In Bezug auf den Ausgleich für Grünflächen habe sich der Oberbürgermeister dafür stark gemacht, Flächen des Aurelis-Areals durch die Stadt zurück zu erwerben und dort eine neue Parkanlage entstehen zu lassen.

Oberbürgermeister Kuhn versichert, dass die Stadtverwaltung mit Hochdruck an einem Gesamtverkehrskonzept für Vaihingen arbeite, das noch im selben Jahr vorgestellt werden solle. Die Firma SSP Consult stelle ein Verkehrskonzept auf, das unter der Federführung von Bürgermeister Pätzold bearbeitet werde. Entscheidende Elemente würden der Fußgängerverkehr, also eine sichere Querungsmöglichkeit

vom Bahnhof ins Industriegebiet, sowie der Ausbau des Radverkehrs im Stadtbezirk sein. Außerdem plane die Verbandsregion Stuttgart, welche zuständig für Schnellbuslinien ist, Linien, die nicht über den Hauptbahnhof, sondern die Nachbarkommunen verbinden werden. Weiterhin werde eine Taktverdichtung der Stadtbahnlinie U8 angestrebt und das JobTicket werde weiter beworben. Tatsächlich sei eine Machbarkeitsstudie für eine Seilbahn in Arbeit. Viele Städte der Welt entdeckten Seilbahnen als zusätzliches, nicht zu teures und gut erreichbares Mittel des ÖPNV. Oberbürgermeister Kuhn verschließe sich nicht gegen visionäre Ideen, denn Zukunft begänne immer mit Ideen, die die Menschen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorstellen könnten. Er appelliert an die Einwohnerversammlung nicht über die Dinge zu lachen, die eine Veränderung bringen könnten, nur um das zu behalten, was auch nicht zufrieden mache. Er versichert, dass der Gemeinderat sorgfältig prüfen werde, welche Lösungen realisierbar seien, um die Situation vor allem zu den Hauptverkehrszeiten am Morgen und Nachmittag zu entschärfen. Außerdem werde nach Oberbürgermeister Kuhn auch die Nord-Süd-Straße untersucht. In diesem Zusammenhang werde die Frage zu stellen sein, ob die Anschlüsse zum Beispiel in der Breitwiesenstraße ausreichen oder weitere Ausbaumaßnahmen notwendig sind.

Oberbürgermeister Kuhn fühle sich in der Verantwortung Arbeitsplätze in Stuttgart zu halten um auch den wirtschaftlichen Wohlstand erhalten zu können. Daher sollten sich die Bürgereinnen und Bürger ebenso wie er, der Fragestellung öffnen, wie die steigende Verkehrsbelastung durch die Ansiedlungen von Allianz und Daimler im Synergiepark bewältigt werden könnten. Auch bei Neuansiedlungen von Firmen müsse dies hinterfragt werden. Deshalb diskutiere man beim Thema Eiermann-Gelände, in welchem Verhältnis Wohnen und Arbeiten zueinander zu stehen hätten. Es würde zwar Wohnraum, aber auch Platz für neue und junge Firmen benötigt, die in der Forschungsstätte Vaihingen arbeiten, entwickeln und sich gründen und starten wollten, benötigt. Konkrete Planungen gebe es auf dem Eiermann-Gelände zwar noch nicht, aber die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs hätten gezeigt, welches Potenzial darin stecke. Oberbürgermeister Kuhn bezeichnet es als Trauerspiel, wie mit den vom Architekten Egon Eiermann entworfenen Industriegebäuden in der Vergangenheit umgegangen worden sei. Die Stadtverwaltung habe sich mit dem Kolloquium im Jahr 2014 und dem angesprochenen Wettbewerb dagegen gewehrt, die Gebäude verfallen zu lassen. Er appelliert, auch das Thema Eiermann-Gelände positiv zu begleiten. Es ginge auch darum, eine gute Verkehrsanbindung zu schaffen ohne die Bewohner der Grünenstraße stärker zu belasten.

Oberbürgermeister Kuhn sieht Vaihingen als sehr lebenswerten Stadtteil an und fasst schließlich zusammen, dass Vaihingen für Forschung und Wirtschaft von herausragender Bedeutung sei. Die Verkehrsbelastung sei in allen Bezirken Stuttgarts, auch in Vaihingen, ein bestimmendes Thema, weshalb der ÖPNV weiter ausgebaut werden müsse. Trotz aller Probleme dürfe das lebenswerte und starke an der Stadt Stuttgart und an Vaihingen nicht übersehen werden. Die bestehenden Probleme seien auch darin begründet, dass alle in Stuttgart leben und arbeiten wollten und beschließt seine Rede mit der humorvoll gemeinten Aussage, Vaihingen gehe es gut, Stuttgart gehe es gut, es werde viel gejammert, aber das müsse ja kein Gegensatz sein. Darin könne sich ja auch die Liebe zum Stadtteil ausdrücken.

Er dankt für die Aufmerksamkeit und ist gespannt auf die nachfolgende Diskussion.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: Verkehr</u></p> <p>Ein <b>Bürger</b> betrachtet die Verkehrsentwicklung, verbunden mit Feinstaub und Lärm, in Vaihingen mit Sorge, vor allem im Hinblick auf die Ansiedlungen von Allianz und Daimler und die Planungen am Eiermann-Campus. Seit Jahrzehnten sei die Rede davon, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen. Er fordert von der Stadtverwaltung, unverzüglich die fünf bis sechs Milliarden Euro für die Veränderung des Hauptbahnhofs sinnvoller zu investieren.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt vorab zum Thema Stuttgart 21, dass das Vorhaben demokratisch beschlossen sei: Im Stadtrat gebe es schon immer eine satte 2/3-Mehrheit, ebenso im Landtag und im Bundestag. Es habe zu diesem Projekt verschiedene Grundsatzentscheidungen, sowie den Volksentscheid gegeben – das seiner Meinung nach höchste Votum –, der sich ebenfalls für Stuttgart 21 ausgesprochen habe. Nach Oberbürgermeister Kuhn sei es nun im Stuttgarter Interesse, den Bahnhof so schnell und so gut wie möglich zu bauen, denn für die Stadt sei eine so große Baustelle in der Stadtmitte nicht gut zu verkraften. Außerdem besäße die Stadt mit dem Rosensteinviertel eine der wenigen großen Entwicklungsgebiete der Stadt. Bezahlbarer Wohnraum könne hier entstehen; neue Bebauungsgebiete außerhalb zu entwickeln (vgl. Birkacher Feld) sei auch nicht gewünscht. Zusammen mit Verkehrsminister Winfried Hermann arbeite OB Kuhn daran, das Konzept durch zusätzliche Verbindungen zu stabilisieren (Beispiel</p>	X	

	<p><u>Thema: Allianz</u></p> <p>Klimafachleute halten 50 Meter Frischluftschneise für notwendig. Die Allianz möchte 30 Meter, der Kompromiss liegt nun bei 40 Meter. Außerdem sollen 19 statt wie bisher 16 Stockwerke zugelassen werden. Er möchte wissen, was die Klimatologen hierzu sagen?</p>	<p>Vaihinger Regionalbahnhof). So möchte er ebenfalls verhindern, dass die Gäubahnstrecke im weiteren Verlauf stillgelegt werde, sondern plädiert für den Erhalt zumindest als Ausweichstrecke für die S-Bahn. Er bittet zu bedenken, dass die Stadt Stuttgart bei einem Ausstieg oder Umstieg die bereits angefallenen und verbleibenden Kosten alleine zu tragen habe und keine Mitfinanzierer mehr hätte – es bliebe dann nicht bei fünf Milliarden Euro. In einer Demokratie müsse irgendwann die Entscheidung, die durch einen Volksentscheid herbeigeführt wurde, akzeptiert werden.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> bezieht sich auf den Bürgerinformationsabend, der am 16.02.2017 zum Thema stattgefunden hatte und erläutert, dass die Abwägung wie breit die Frischluft- oder Grünschneise in enger Diskussion mit dem Amt für Umweltschutz gemacht wurde. Die Stadtverwaltung habe letztlich dem Gemeinderat eine Schneise von 40 Metern vorgeschlagen. Der Gemeinderat beschäftigte sich sehr intensiv damit und mit dem Erhalt der Eiche und habe die Vorgabe der Frischluftschneise mit dem Kompromiss auf 50 Meter erweitert, dass an einer ande-</p>	<p>X</p>	
--	--	---	----------	--

		ren Stelle die höhere Bebauung ermöglicht werde. Ob davon aber Gebrauch gemacht werde, wird der anstehende städtebauliche Wettbewerb zeigen.		
--	--	--	--	--

<p>2</p>	<p><u>Thema: Hegel-Gymnasium, Sanierung und Entwicklung</u></p> <p>Eine <b>Bürgerin</b> führt aus, dass Vaihingen ein wichtiger Wissenschaftsstandort sei. Doch brauche dieser einen guten Unterbau mit innovativer Pädagogik und einer guten Ausstattung. Im letzten Bürgerhaushalt wurde der Schulcampus und die Sanierung des HGs gefordert. Der Bedarf hierfür stehe seit 2009 fest. Eine Sanierung des HGs solle erst im Zuge der Umsetzung des Schulcampus' erfolgen. Obwohl der Campus vorangeschritten sei, sei bei der Sanierung nicht viel passiert. Nun soll in einem ersten Sanierungsabschnitt die Außenhülle saniert werden; die Fenster würden ausgetauscht. Eine Erneuerung der aus den 1960er Jahren stammenden Ausstattung sei derzeit nicht absehbar. Die Bürgerin fordert die Bürgermeister und Gemeinderäte auf, die Schule nicht schichtenweise, sondern im Ganzen und zwar sinnvoll zu sanieren. Hierzu müsse eine Digitalisierung der Räume und Anschlussmöglichkeiten von PCs eingeplant, und das HG mit einer Sprachalarmierungsanlage ausgestattet werden, wie es ein Beschluss der Stadt Stuttgart vorsehe. Sie äußert den Wunsch an die Gemeinderäte, vergleichbar zum Mobilitätspakt einen neuen Pakt für die Sanierung und Ausgestaltung der Stuttgarter Schulen zu schließen. Hierbei sei es wichtig einen Mindeststandard für Digitalisierung der Schulen festzulegen. Sie richtet den konkreten Wunsch an den Oberbürgermeister, er solle zum Vorkämpfer für innovative Schulen werden. Der</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> versichert, dass die Sanierung des Schulgebäudes zum 250. Geburtsjubiläum von Hegel im Jahr 2020 ein erhebliches Stück weiter sei.</p> <p><u>Herr Bürgermeister Föll</u> beantwortet die Frage in Vertretung für Frau Bürgermeisterin Fezer. Herr Föll bestätigt die Annahme von der Bürgerin, dass die geplante halbe Million Euro für die Sanierung der Stuttgarter Schulen nicht ausreichen werde, verweist aber darauf, dass die Projekte zu gegebenem Zeitpunkt im Einzelnen finanziert werden müssten. Die Umsetzung des Schulcampus Vaihingen werde nicht mit höchster Geschwindigkeit angegangen, was aber nicht nur von der Stadtverwaltung zu verantworten sei. Derzeit befinde man sich in der Schlussphase der Planungen zum zweiten Bauabschnitt, dem Campushaus, das von allen vier Schulen gleichermaßen genutzt werden wird. Geld für die Planung stehe im HH 2016/2017 bereit und sollte demnach zügig umgesetzt werden. Im dritten Bauabschnitt solle die Sanierung des Hegel-Gymnasiums und der Robert-Koch-Realschule angegangen werden. Wenn nun die Fenster ausgetauscht würden,</p>	<p>X</p>	
----------	---	---	----------	--

	Schulcampus sei ein gutes Exemplar für nachhaltigen Unterricht.	sei das nicht im Zusammenhang mit einer geplanten Sanierung in dem Sinne geschehen, sondern läge daran, dass diese so marode seien, dass sie vorab ausgetauscht werden müssten. Wenn komplette Schulgebäude saniert werden, sei es heute Standard ein Sprachalarmierungssystem und entsprechende Voraussetzungen für eine Digitalisierung einzurichten.		
--	---	---	--	--

<p>3</p>	<p><u>Thema: Taktung der U12 in Dürrolewang</u></p> <p>Ein <b>Bürger</b> berichtet, dass der Bus 81, an der Endstation Lampertweg zum Beispiel in der Minute 00 abfahre und laut Fahrplan eine Minute bis zur Haltestelle Dürrolewang benötige. Tatsächlich brauche der Bus aber knapp zwei Minuten. Das bedeute, dass die Busfahrgäste die U12, die laut Fahrplan in der Minute 02 abfährt, in acht von zehn Fällen verpassten und auf die nächste Bahn warten müssten. Dies müsse so aber nicht sein, denn die U12 stehe in Möhringen regelmäßig zirka 50 und in Degerloch 15 Sekunden. Wenn sie keinen Halt am Bopser oder am Rotebühlplatz habe, hole die U12 die U7 spätestens am Hauptbahnhof ein, weshalb diese nicht einfahren dürfe und weitere zirka 30 Sekunden zu warten habe. Er fragt daher nach, ob es nicht möglich sei, die U12 durch Abkürzung der Wartezeiten während der Fahrt in Dürrolewang eine Minute später abfahren zu lassen. Er bittet Herrn Oberbürgermeister Kuhn um ein direktes Gespräch mit Herrn Arnold von der SSB, da seine eigenen Bemühungen auch über den Bezirksbeirat bisher erfolglos blieben.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass er die Taktung der U12 mit Herrn Arnold besprechen werde.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> bedankt sich für den</p>		<p>OBM / SSB</p>
----------	--	---	--	------------------

<p><u>Thema: Parksituation am Alten Friedhof Vaihingen</u></p> <p>Bisher war es möglich gewesen an der Westseite des Alten Friedhofs entlang der Gartenstraße zu parken. Seit das STEP-Areal weiter bebaut werde, gehe das nicht mehr, da auswärtige Autos hier parkten. Er fragt nach, ob es möglich sei auf der Friedhofseite der Gartenstraße eine Parkscheinregelung einzurichten, um genügend Parkplätze für Friedhofsbesucher bereitzustellen, für die die erste halbe Stunde Parken kostenfrei sein solle.</p>	<p>Hinweis und erklärt, dass es sich hier um ein häufig auftretendes Problem handele, dass Parkplätze von Parkern genutzt würden, für die sie nicht gedacht sind. Er wird sich mit seinem Kollegen Bürgermeister Dr. Schairer besprechen, wie das Problem in diesem Bereich gelöst werden könnte.</p>		<p>Referat StU/ Referat SOS</p>
---	---	--	-------------------------------------

<p>4</p>	<p><u>Thema: Entwicklung des Stadtteils</u> <u>Ausbau Nord-Süd-Straße</u> <u>Ansiedlung der Allianz</u></p> <p>Ein <b>Bürger</b> berichtet: er wohne seit 38 Jahren in Vaihingen und habe einige Entwicklungen des Stadtbezirks miterlebt: So zum Beispiel die Bebauung des Unteren Grunds, eine ehemalige Frischluftschneise und den Bau der Ostumfahrung zur Entlastung der Hauptstraße. Heute habe die Hauptstraße genauso viel Verkehr wie früher und die Ostumfahrung gebe es noch dazu. Sollte die Nord-Süd-Straße ausgebaut werden, werde es den Stau nicht auf zwei Spuren, sondern auf vier Spuren geben, denn Straßenausbau ziehe immer neuen Verkehr nach sich.</p> <p>Er habe die Bebauung der Waldplätze und die Ausbreitung der Autohäuser BMW, Daimler und VW miterlebt und nun brächten die Allianz und Daimler jeweils weitere 4000 Mitarbeiter nach Vaihingen. Im Hinblick auf die geplante Zulassung von 19 Geschossen auf einer heutigen Grünfläche, die als Frisch- und Kaltluftschneise dient, erklärt er, dass es sich hier um ein 65 Meter hohes Gebäude handele (also zwischen dem Turm des Hauptbahnhofs mit 55 Metern und dem Coloradoturm mit 75 Metern).</p> <p>Die Sicherung von Arbeitsplätzen werde schon seit jeher als Argument vorgebracht. Allerdings würden Unternehmen ihre Mitarbeiter nicht beschäftigen um ihnen etwas Gutes zu tun oder dem Gemeinwohl zu dienen, sondern um ihre eigenen Unternehmensziele zu erreichen. So sei es auch bei der Allianz, die eine</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> führt aus, dass es in der Natur der Sache liege, dass Unternehmen nach der Rentabilität schauen; das könne man ihnen nicht vorwerfen. Im vergangenen Jahr sei die Allianz auf die Stadtverwaltung und die Stadtspitze zugekommen und habe ihre Vorstellungen und ihre Gründe dargelegt, dass sie nur noch einen Standort unterhalten wolle. Die Alternative sei laut Oberbürgermeister Kuhn die, dass die Allianz ins Umland von Stuttgart abwandere. Stuttgart verliere dadurch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und nicht unwesentlich hohe Gewerbesteuereinnahmen. Bei der sich in Stuttgart befindlichen Wirtschaftsstruktur sei er über jeden Arbeitsplatz außerhalb der Produktion dankbar, um in Zeiten von Wirtschaftskrisen breiter aufgestellt zu sein. Der Oberbürgermeister sieht in der Ablehnung von 4500 Arbeitsplätzen im Dienstleistungsgewerbe einen großen Fehler. Es sei daran zu arbeiten, die bestehenden Bedenken und Fragen zu klären. Er weist darauf hin, dass für Stuttgart ebenso die Verkehrsproblematik vorhanden wäre auch wenn die Allianz ins nähere Umland abwandern sollte. Für ihn bedeute Verantwortung für die Stadt zu</p>	<p>X</p>	
----------	--	--	----------	--

	<p>ganze Abteilung von Leuten habe, um die Rentabilität von Vorhaben zu prüfen.</p> <p>Es habe schon früher Versuche der Allianz gegeben, auf ihrem Grundstück in Vaihingen zu bauen, doch unter anderer Führung im Rathaus und mit anderer Mehrheitsverteilung im Gemeinderat sei das unterbunden worden. Es gebe eine große Mehrheit im Gemeinderat für die Bebauung durch die Allianz, außer der SÖS, weshalb er nun nachfragt, wen ein Bürger bei der anstehenden Bundestagswahl oder bei einer Landtags- oder Kommunalwahl wählen solle, um solche Projekte zu verhindern.</p> <p>Er berichtet weiter aus einer der letzten Sitzungen des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Technik, in dem der Bezirksvorsteher hätte den Bezirksbeirat vertreten müssen, der sich mehrfach gegen das Bauprojekt der Allianz ausgesprochen hatte. Der Bezirksvorsteher habe dort gesagt, er teile den vom Bezirksbeirat gefassten Beschluss nicht und der Bezirksbeirat hätte wesentliche Teile des Vorhabens nicht verstanden. Es gebe in Vaihingen eine schweigende Mehrheit für das Bauprojekt.</p>	<p>übernehmen, das wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Wohl der Stuttgarter zu sichern. Er bittet jeden Einzelnen darum, das Für und Wider abzuwägen und zu überlegen, wo Stuttgart und Vaihingen heute stehen würden, wenn Entscheidungen in der Vergangenheit immer gegen Investitionen getroffen worden wären.</p> <p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> bezieht sich auf den Austausch mit ihm am Bürgerinformationsabend. An der Stelle, wo das Hochhaus vorgesehen sei, hatte schon immer ein Hochhaus geplant werden können; allerdings nach jetzigen Stand etwas höher. Dies sei so aber durch alle demokratischen Instanzen gegangen und von Bezirksbeirat und dem Gemeinderat in Abstimmung mit dem Amt für Umweltschutz befürwortet worden.</p> <p>Er widerspricht der Aussage, es habe schon zu früheren Zeiten Gespräche mit der Allianz gegeben. Es habe stadtweit eine ausführliche erfolglose Suche gegeben. Dass die Firma Daimler beim Kauf des fraglichen Grundstücks schneller war, sei Teil des Wettbewerbs.</p> <p><u>Bürgermeister Föll</u> erläutert weiter, dass die Allianz AG jedes Jahr einer der zehn größten Gewerbesteuerzahler in Stuttgart sei. Die Stadt nehme in jedem Jahr rund sechs Milli-</p>		
--	---	--	--	--

		<p>onen Euro Gewerbesteuer ein. Die zehn größten Gewerbesteuerzahler zahlten mehr als die Hälfte dieser sechs Millionen. Die Allianz sei in der Regel nicht am Ende der Top Ten. Geld alleine sei zwar nicht ausschlaggebend, dennoch müsse die Stadt mit eben diesen Steuereinnahmen ihre Vorhaben bezahlen, wie zum Beispiel die Schulsanierungen.</p> <p><u>Bezirksvorsteher Meinhardt</u> bezieht sich auf die Anschuldigungen gegen ihn und erklärt, dass die Ergebnisse der Beratungen im Bezirksbeirat im Ausschuss für Umwelt und Technik von Herrn Bürgermeister Pätzold und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung vorgetragen worden seien und nicht von ihm.</p>		
--	--	---	--	--

5	<p><u>Thema: Straßenbeleuchtung Robert-Koch-Straße</u></p> <p>Er weist darauf hin, dass der Fußgängerverkehr entlang der Robert-Koch-Straße vor allem in den Sommermonaten durch die Blätter der Bäume fast gänzlich verschattet werde. Das habe zur Folge, dass Fußgänger von vorbeifahrenden Autos geblendet würden.</p>	<p><u>Bürgermeister Thürnau</u> erklärt, dass das Problem im Stadtgebiet öfter auftrete. Das liege am Wachstum des Baumes: Ist der Baum klein, strahle die Beleuchtung drüber, ist der Baum groß, strahle sie drunter. Ist der Baum aber so hoch wie die Beleuchtung käme es regelmäßig zu Problemen mit der Verschattung. Er werde sich zusammen mit dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt die Situation vor Ort anschauen und versuchen durch moderaten Rückschnitt Abhilfe zu schaffen.</p>		Referat T
---	--	---	--	-----------

6	<p><u>Thema: Geplante Bebauung durch Fraunhofer Institut auf der Grünfläche Im Birkhof</u></p> <p>Das Fraunhofer Institut möchte sich um sechs weitere Gebäude vergrößern. Es gebe bereits heute keine Parkmöglichkeiten für die Studenten der neuen Hochschule für Medien. Die Anwohner seien genervt, da die Studenten alle Parkplätze und Grünflächen Im Birkhof zuparkten. Die Studenten parkten sogar auf von Anwohnern gemieteten Tiefgaragenparkplätzen. Er fragt nach, wo die Mitarbeiter des Fraunhofer Instituts parken sollen, wenn keine Parkhäuser gebaut würden. Die Universitätsstraße und der Birkhof würden zugeparkt; in der Nacht würden Autos mit lauter Musik warmlaufen gelassen und die Polizei könne nichts ausrichten.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erläutert, dass das Problem die ganze Universität betreffe, auch in Hohenheim. Die Stadtverwaltung sei in engem Kontakt mit der Universitätsverwaltung. Es werde von Seiten der Stadt ein umfassendes Mobilitäts- und Verkehrskonzept verlangt. In der Stadtverwaltung gebe es weitere Überlegungen, wie man dem Ausweichparkverkehr entgegenwirken könne.</p>	X	
---	---	--	---	--

7	<p><u>Thema: Bauvorhaben der Allianz</u></p> <p>Eine <b>Bürgerin</b> bezieht sich darauf, dass es für die Ansiedlung der Allianz in Vaihingen wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte gebe. Es könne davon ausgegangen werden, dass die Allianz durch die Bebauungsplanänderung eine Wertsteigerung ihres Grundstückes verzeichnen werde. Sie fragt nach, ob diese zu erwartende Wertsteigerung beziffert werden könne und ob es Planungen gebe, ob und wenn ja inwieweit die Allianz an Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität in Vaihingen beteiligt werde, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Schulcampus oder ähnlichem.</p>	<p><u>Erster Bürgermeister Föll</u> führt aus, dass die Stadt Stuttgart dem Planungsgewinn Kraft Gesetz nicht direkt abschöpfen dürfe. Die Allianz werde aber an Maßnahmen, die in direktem und indirektem Zusammenhang mit ihrem Bauvorhaben bestünden, beteiligt. So müsse diese zum Beispiel für Ersatz im Sportbereich sorgen oder auch den Grünzug bezahlen. Außerdem werde sie beteiligt am Ausbau der südlichen und nördlichen Unterführungen am Aurelis-Areal. Darüber hinaus werde die Allianz für die geplante Bodenversiegelung eine Ausgleichszahlung zur Entsiegelung von 1,5 bis 2 Hektar auf dem Aurelis-Areal leisten, das die Stadt im Begriff ist zu erwerben.</p>	X	
---	--	--	---	--

<p>8</p>	<p><u>Thema: Verkehrssituation</u></p> <p>Der Bau der U12 war aus seiner Sicht ein katastrophaler Zustand: Es habe sehr lange gedauert, die Bauarbeiten liefen nicht rund. Im Hinblick auf die zu erwartenden Veränderungen fordert er die Stadtverwaltung auf nicht nur die richtigen, sondern auch die wichtigen Dinge zu tun und zwar bereits vor der Bebauung durch die Allianz ein funktionierendes Verkehrskonzept zu erarbeiten.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erläutert, dass derzeit an einem Gesamtverkehrskonzept für Vaihingen gearbeitet werde, das unter anderem den Schwerpunkt habe, wie es am Synergiepark oder an der Gründgenstraße im Zusammenhang mit dem Eiermann-Campus, weitergehen solle. Er erinnert daran, dass der Synergiepark, wenn der Regionalbahnhof fertig ist, vom ÖPNV, also Stadtbahn und S-Bahn, sehr gut zu erreichen sein werde. Auch die Nord-Süd-Straße werde im Rahmen des Verkehrskonzepts untersucht, um die bestmögliche Lösung zu erarbeiten, damit nicht wie bisher 20 Tausend Beschäftigte, sondern 30 Tausend und mehr bewältigt werden können. Er erklärt weiter, dass auch die ansässigen Firmen alles dafür tun müssten, damit ihre Beschäftigten auf andere Verkehrsmittel umstiegen. Es liege im gesamtstädtischen Interesse, den Individualverkehr auf Busse und Schienen zu verlagern. Hierbei sei zu beachten, dass die Hauptbelastungszeit am Morgen 1,5 Stunden und am Nachmittag 2,5 Stunden umfasse. Es müssten ÖPNV-Alternativen entwickelt werden. Außerdem sei wichtig in der Region Stuttgart für Park&amp;Ride-Plätze zu sorgen, damit die Pendler aus dem Umland umsteigen könnten, wie zum Beispiel das neu ein-</p>	<p>X</p>	
----------	---	--	----------	--

		gerichtete Parkhaus im Österfeld. Problematisch sei in diesen Zusammenhang aber, dass die S-Bahn derzeit nicht verlässlich pünktlich sei.		
--	--	---	--	--

9	<p><u>Thema: Sanierung des Hegelgymnasiums</u></p> <p>Sie unterstützt die Rednerin zum Hegel-Gymnasium voll und ganz. Im letzten Bürgerhaushalt sei die Sanierung der Toiletten angekündigt worden. Im Treppenhaus regne es bei starkem Regen hinein und im Nordbau könne man in einem Raum nicht mehr am Fenster sitzen, weil es zu kalt sei. Wenn das Land einen neuen Bildungsplan beschließe, beschließe es hoffentlich gleichzeitig, dass die Stadt Gelder bekomme, um die richtigen Schulbücher zu kaufen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> bestätigt, dass das Anliegen angekommen sei. Er teile die Auffassung, dass ein guter Wissenschaftsstandort einen gut qualifizierten schulischen Unterbau benötige.</p>	X	
---	--	---	---	--

<p>10</p>	<p><u>Thema: Verkehrssituation</u></p> <p>Nach seiner Auffassung sei das das dringendste Problem derzeit. Das Thema Ausbau der Nord-Süd-Straße sei über Jahre hinweg aufgeschoben worden. In den Hengstäckertunnel fahre man einspurig hinein, hinzu kämen die Autos aus dem Industriegebiet und aus Möhringen, die Folge sei stockender Verkehr. Nun soll an der Breitwiesenstraße ein Vollanschluss an die Nord-Süd-Straße gebaut werden. Das funktioniere seiner Meinung nach nicht, da diese ja bereits heute überfüllt sei. Die Nord-Süd-Straße müsse vier-spurig ausgebaut werden und der Hengstäckertunnel erweitert oder ein weiterer Tunnel gebaut werden. Es bedürfe unbedingt eines Verkehrskonzepts mit anständigen Anschlüssen in Leinfeldern-Echterdingen und am Fasanenhof, also ohne Ampelanlage. Mit der Ansiedlung von Daimler und Allianz mit jeweils über 4000 Beschäftigten breche der Verkehr endgültig zusammen. An ein Durchkommen von Notarzt oder Feuerwehr sei dann nicht mehr zu denken. Er bittet daher darum, diese Problematik vorrangig anzugehen.</p>	<p>Ergänzend zur Stellungnahme von Oberbürgermeister Kuhn zur 8. Wortmeldung führt <u>Bürgermeister Pätzold</u> aus, dass die Stadtverwaltung die Verkehrsuntersuchungen insbesondere im Synergiepark auf Untersuchungen des WIV aufbaut, um im Sommer 2017 Ergebnisse zu präsentieren. Im Übrigen arbeite auch das Regierungspräsidium daran.</p>	<p>X</p>	
-----------	--	--	----------	--

<p>11</p>	<p><u>Thema: Verkehrskonzept, Radwege, Feinstaub</u></p> <p>Ein <b>Bürger</b> berichtet, dass er vor 23 Jahren mit seiner Familie aufgrund der guten Infrastruktur (Schulen, Universität) in den Dachswald gezogen sei. Er habe aber den Eindruck, dass die Entwicklung in eine apokalyptische Situation gehe. Auch aus den Vorreden entnehme er, dass es den Vaihingern an einem einheitlichen Verkehrskonzept fehle. Er könne nachvollziehen, dass man die Allianz aus den genannten Gründen in Stuttgart halten wolle. Es werde nun an einem Radwegekonzept gearbeitet, allerdings vertrete er die Meinung, dass Stuttgart im Gegensatz zu Heidelberg, Karlsruhe oder Berlin aufgrund seiner Topographie niemals zu einer Fahrradstadt werde. Er sei den Fahrradweg vom Dachswald nach Kaltental gefahren und wieder zurück. Seiner Ansicht nach mache der Radweg hier wegen des Anstiegs keinen Sinn und sei zudem auch gefährlich. Auch der Radweg in Kaltental mache keinen Sinn, denn die Beschäftigten von Allianz und Daimler müssten teilweise durch die ganze Stadt radeln und auch durch Kaltental um nach Vaihingen zu kommen. Es sei davon auszugehen, dass nicht alle Mitarbeiter das Rad oder ein Jobticket für den ÖPNV nutzen. Dann breche der Verkehr zusammen. Seinem Empfinden nach seien die Tage mit Feinstaubalarm häufiger geworden. Ihm fehle das Gesamtkonzept und das Controlling. Er stellt nun die Frage, wie viele Ansiedlungen Vaihingen nach Auffassung des Oberbürgermeisters bei dem Wegenetz noch verkräften könne ohne Ein-</p>	<p>Zum Thema Radwege erklärt <u>Oberbürgermeister Kuhn</u>, dass die Topographie 30, 40 Jahren lang als Vorwand dafür genommen worden sei, dass keine Radwege gebaut wurden. Im Zeitalter von Elektrofahrrad und Pedelec wiege dieses Argument aber nicht mehr so schwer. Es sei nicht einfach, eine autogerechte Stadt so umzustellen, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind. Überall, wo Radwege oder Unterstellplätze für Fahrräder gebaut werden, gebe es Schwierigkeiten, aber der öffentliche Raum sei nicht nur für Autofahrer und Fußgänger da. Stuttgart habe im Vergleich zu anderen Städten einen sehr geringen Anteil an Radverkehr, was aber nicht bedeutet, dass dieser Umstand richtig sei. Er sei daher bestrebt, den Radverkehr in Stuttgart voranzubringen.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, dass der Radverkehr in Stuttgart stetig zunehme, was an den Zählstellen in Kaltental wie auch an der König-Karl-Brücke registriert werde. Es fänden momentan Gespräche mit der SSB statt, was die Mitnahme von Fahrrädern im Bus angehe. Er werde in diesem Zusammenhang den Bus 82 mit aufnehmen. Es sei notwendig, attraktive Alternativen zu schaffen, so</p>	<p>X</p>	
-----------	--	--	----------	--

	bußen in der Lebensqualität derer, die dort wohnen.	dass Fahrradfahrer zum Beispiel die Steigung mit dem ÖPNV überwinden und den Rückweg mit dem Fahrrad abwärts fahren können.		
--	---	---	--	--

<p>12</p>	<p><u>Thema: Umwandlung des alten Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz</u></p> <p>Bereits vor zwölf Jahren hatte der Verein einen Antrag gestellt, den alten Tennenplatz in einen Kunstrasenplatz umzuwandeln. Seit Jahren werde der Antrag auch von der Schulleitung der Steinbachschule unterstützt. Aufgrund der hohen Verletzungsgefahr sei der Platz derzeit nicht attraktiv. Im letzten Doppelhaushalt habe der Antrag keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden, weshalb er heute die Gelegenheit nutzen wollte, um für die Maßnahme bei den nächsten Haushaltsplanberatungen aufmerksam zu machen und um Unterstützung zu bitten. Der TSV Jahn Bünsau liege etwas außerhalb und sei der einzige Verein im Stadtbezirk, der noch keinen Kunstrasenplatz besitze.</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> weiß um den Umstand, dass Sportflächen in Bünsau knapp sind. Er habe in kürzerer Vergangenheit ein Gespräch mit einem anderen Bünsauer Verein geführt, worin auch die Umwandlung des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz eine Rolle gespielt habe. Stadtweit gebe es eine lange Liste von Sportplätzen, die umgewandelt werden oder erneuert werden sollten. Er bietet an, in einem persönlichen Gespräch die Kriterien zu besprechen, ob und wie der angesprochene Tennenplatz in die anstehenden Haushaltsplanberatungen aufgenommen werden könne</p>		<p>Referat SOS</p>
-----------	--	---	--	--------------------

<p>13</p>	<p><u>Thema: Gesamtverkehrskonzept für Stuttgart</u></p> <p>Er selber sei Architekt und Stadtplaner und stellt die Frage, ob Stuttgart untersucht habe, ob die Fahrzeuge, die von Heilbronn oder Karlsruhe kommen, tatsächlich nach Stuttgart wollen oder nur zum Beispiel ins Remstal durchfahren. Wenn sich die durchfahrenden Fahrzeuge erfassen ließen, könne man eine Beurteilung darüber anstellen, ob eine Nord-Ost-Umfahrung den Stadtverkehr nicht erheblich entlasten könnte. Auch die Regionaldirektorin Nicola Schelling habe geäußert, dass eine Nord-Umfahrung die Innenstadt vom Verkehr und Feinstaub entlasten würde. Seiner Meinung nach benötige Stuttgart dringend ein Gesamtverkehrskonzept, denn auch der Heschlacher Tunnel und die Nord-Süd-Achse müssten vierspurig werden. Außerdem würde eine Untertunnelung des Monte Scherbelino zu einem besseren Verkehrsfluss nach Botnang führen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass es bereits einen Nahverkehrsplan gebe und bald einen Nahverkehrsentwicklungsplan geben werde, der den ÖPNV und seinen Ausbau beschreiben wird. Für die Bundesstraßen und Autobahnen sei der Bund zuständig, der seine Projekte über den Bundesverkehrswegeplan regle. Hier sei der Nord-Ost-Ring zwar in die Bedarfsliste aufgenommen worden, allerdings müssten die umliegenden Gemeinden, vor allem Fellbach, ebenfalls den Bedarf sehen. Aus Stuttgarter Sicht müsse seines Erachtens im gleichen Zug eine Filderauffahrt gebaut werden, was zusammen aber viele 100 Millionen Euro kosten würde und 15 bis 20 Jahre Planungszeit dauere. Als Maßnahme gegen die Feinstaubproblematik können diese nicht herangezogen werden, da es bis dahin keinen Feinstaub mehr geben dürfe. Weiterhin sei zu beachten, dass die Mehrheitsverhältnisse in der Regionalversammlung zwar für die Nord-Ost-Umfahrung, im Gemeinderat aber gegen diese stünden.</p> <p>Es lägen ihm viele weitere Tunnelanträge vor, zum Beispiel ein Ostheimtunnel oder die Untertunnelung der Konrad-Adenauer-Straße. Er gibt zu bedenken, dass der Bau eines Tunnels sehr hohe Kosten verursache,</p>	<p>X</p>	
-----------	--	--	----------	--

		<p>so koste zum Beispiel der Rosensteintunnel 270 Millionen Euro.</p> <p>Seit dem Amtsbeginn des Oberbürgermeisters sei aber immerhin geklärt worden, dass das Land für den Verkehr der Landes- und Bundesstraßen, sowie den überregionalen Schienenverkehr, die Region für die S-Bahnen und Park&amp;Ride Plätze und die Stadt Stuttgart für ihren ÖPNV, sowie die Landkreise für den ihren zuständig seien. Nun müsse jeder seine Aufgaben erledigen. So müsse das Land dafür sorgen, dass der Regionalbahnverkehr halbstündig nach Stuttgart fahre, denn viele der fünf Millionen Menschen aus der Metropolregion (also bis Heilbronn, Tübingen, Reutlingen) kommen nach Stuttgart, um dort zu arbeiten. Das müsse bewältigt werden.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> ergänzt, dass der Heselacher Tunnel von nur 10 Prozent Durchgangsverkehr genutzt werde. Der Rest sei Ziel- und Quellverkehr in die Stadt rein oder aus der Stadt raus. Es gebe Zahlen dazu, dass ein Nord-Ost-Ring nur wenig Entlastung für die Innenstadt bringen würde.</p>		
--	--	---	--	--

<p>14</p>	<p><u>Thema: Städtebauliche Frage zum Bereich Birkhof</u></p> <p>Es bestehe hier ein Bebauungsplan aus der Zeit, in der die dortigen Wohnhäuser gebaut wurden. Dieser Bebauungsplan siehe einen schützenswerten Abstand zwischen den Wohnungen und den Industrie-, Gewerbe- sowie Forschungseinrichtungen vor. Nach den spärlichen Informationen zum Campusementwicklungsplan und den Erweiterungsplanungen der Fraunhofer Gesellschaft südlich der Nobelstraße ist davon auszugehen, dass die genannten Abstandsflächen nicht mehr eingehalten werden. Er bittet daher darum, die Bevölkerung baldmöglichst darüber zu informieren, wie der Abstand und die Rücksichtsflächen eingehalten werden sollen und ob eine Änderung des Bebauungsplans angedacht sei.</p> <p>Außerdem möchte er anmerken, dass der Uni-Campus in den 1970er Jahren als Garten- und Waldcampus gegründet worden sei. Das bereits bestehende Gebäude der Fraunhofer Gesellschaft, das extrem dicht gebaut und sogar eingezäunt sei, zeige deutlich, wie diese den Begriff Garten- oder Waldcampus interpretiere. Er appelliere daran, den ursprünglichen Gedanken aufzunehmen und zu pflegen.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt den Erhalt der Baugrenze südlich der Nobelstraße als Ziel der Stadtverwaltung. Ein weiteres sei, entlang der Nobelstraße höher zu bauen und zu verdichten. Im Mai 2017 werde der Aufstellungsbeschluss zur Änderungen des dort geltenden Bebauungsplans im Bezirksbeirat und den anderen Gremien vorgestellt und diskutiert. Er versichert, ebenfalls Wert auf den bestehenden Grünbereich und den Abstand zur Wohnbebauung zu legen.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	---	----------	--

<p>15</p>	<p><u>Thema: Parkdruck in den das STEP-Areal umliegenden Straßen</u></p> <p>Durch die im STEP beschäftigten Arbeitnehmer sind viele Straßen um das STEP zugeparkt. Hierzu gehören neben der bereits angesprochenen Gartenstraße auch die Paradiesstraße, Brommerstraße, Sulzauerstraße, In der Lüsse, Betzweiler Straße, Schopflocher Straße. Sie empfindet diesen Umstand als großes Problem. Obwohl das Österfeld-Parkhaus meist 200 freie Parkplätze und mehr ausweise, sei es aufgrund der seit Dezember 2016 geltenden Änderungen nicht mehr attraktiv für die Pendler. Sie sehe heute schon das Problem, das für die Urlaubszeit abzusehen sei. Die Haltestelle Österfeld werde gerne genutzt, um mit der S-Bahn zum Flughafen zu fahren. Es sei zu erwarten, dass die Straßen zusätzlich mit den Autos der Urlauber für zwei bis drei Wochen pro Fahrzeug zugeparkt werden. Sie wäre bereit für ein Anliegerparken Geld zu bezahlen, wenn dadurch der beschriebene Parkdruck nachlassen würde.</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> weiß, dass in den das STEP angrenzenden Wohngebieten eine Art Park&amp;Ride-Parken entstanden sei. Im Jahr 2016 wären bei Kontrollen, dass zumindest die Straßenverkehrsordnung eingehalten werde, 2803 Verwarnungen ausgestellt worden. Allerdings handele es sich um öffentliche Straßen. Teilweise gebe es Anwohnerparkregelungen aus den 1980er Jahren, die aber dem gegenwärtigen Druck durch Urlauber, Pendler und auch durch das Parkraummanagement in der Innenstadt nicht mehr gerecht werden könnten. Im Laufe des Jahres werde die Stadtverwaltung Erhebungen in Vaihingen durchführen, um ebenfalls ein Parkraummanagement einzuführen, um die Anwohner besser zu schützen und um das Gebiet neu zu ordnen.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	--	----------	--

<p>16</p>	<p><u>Thema: Rolle des Bezirksbeirats bei der Entscheidungsfindung des Gemeinderats</u></p> <p>Eine <b>Bürgerin</b> glaubt, sie sei umsonst bei der Einwohnerversammlung. Sie meint, sie könne demonstrieren gehen, aber es nütze alles nichts. Geld und Macht regierten die Welt. Sie wirft den anwesenden Bürgermeistern vor, zu tun, was sie wollten. Sie habe sich erkundigt, dass der Bezirksbeirat beratend für den Gemeinderat tätig sei. Sie sei davon ausgegangen, dass der Gemeinderat sich an die Entscheidungen des Bezirksbeirats halte, aber sie habe sich getäuscht. Auch der Gemeinderat richte sich nur nach dem Geld.</p> <p>Weiter liest sie aus der Einladung zur Einwohnerversammlung vor, in der es heißt, dass nach aktuell geltendem Planungsrecht eine Bebauung durch die Allianz nicht möglich sei. Sie verstehe nun nicht mehr, woran so lange rumdiskutiert werde. Letztlich würden die Stadtoberen nur das tun, was sie wollten. Sie wirft den Bürgermeistern vor, nur wirtschaftlich, aber weder sozial noch ökologisch zu sein. Sie befürchtet für ihre Kinder und Enkel eine Katastrophe.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erinnert daran, dass der Bezirksbeirat ein beratendes Organ für die Stadtverwaltung und den Gemeinderat sei. Er versichert, dass der Bezirksbeirat sehr wohl gehört werde. Die Entscheidungen treffe allerdings der demokratisch gewählte Gemeinderat. So müsse zum Beispiel jede Haushaltsentscheidung vom Gemeinderat beschlossen werden. Er weist darauf hin, dass viele Länder der Welt gerne diese Form der Demokratie hätten. Im Hinblick auf die entfaltete Beteiligungsdemokratie – die Bürgerbeteiligung werde gerade ausgebaut – halte er aber eine pauschale Aussage, die Politiker würden tun und lassen, was sie wollten und der Bürger hätte nichts mitzureden nicht angemessen. Er bittet darum die vorhandenen Strukturen, wie zum Beispiel auch die Einwohnerversammlungen nicht schlecht zu reden.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	---	----------	--

17	<p><u>Thema: Entwicklung in Vaihingen</u></p> <p>Eine <b>Bürgerin</b> zitiert aus der Stuttgarter Zeitung, worin Oberbürgermeister Kuhn vor einiger Zeit mit den Worten zitiert worden sei, Vaihingen solle vollgeklotzt werden. Sie beobachte die Entwicklung in Vaihingen kritisch. Die Stadtverwaltung lasse mal die Bebauung in Frischluftschneisen zu, mal nicht; dringend notwendige Wohnbebauung werde nicht zugelassen. Die Belastung durch Dieselaabgase und Stickoxide werde drastisch erhöht durch weitere tausende Autofahrer, die durch die Ansiedlung von Daimler, Allianz und die Bebauung von Eiermann und Erweiterung der Uni und anderen Vorhaben in Vaihingen kommen werden. Sie fragt sich, ob die hierdurch zu erwartenden Atemwegserkrankungen der von der Politik so gewünscht seien. Weiter zitiert sie Stadträtin Deparnay-Grunenberg, die gesagt haben soll, die Vaihinger sollten über ihren Tellerrand hinausschauen und erkennen, dass es den Bürgern in der Innenstadt im Vergleich schlechter ginge als ihnen. Sie erwarte auch von den Gemeinderäten, dass diese über ihren Tellerrand hinausschauen.</p> <p>Sie stellt weiter fest, dass ihre Frage nach der Höhe der Steuereinnahmen, die die Stadt von der Allianz erhalte, am Abend bereits beantwortet worden sei und, dass diese Einnahmen hoch genug sein müssten, um Sport- und Grünflächen durch eine Änderung des Bebauungsplans zu verlegen. Sie unterstellt der Stadt den Lobbyisten zu unterliegen. Weiter hinterfragt sie, was die Bürger vom Planungsgewinn der Al-</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> weist die Aussage, die er gegenüber der Zeitung gemacht haben soll, von sich. Eine solche Ausdrucksweise entspreche nicht seinem Sprachgebrauch. Nachdem die Argumente für und gegen die Ansiedlung der Allianz in Vaihingen am Abend mehrfach besprochen wurden, verzichtete er auf eine Wiederholung.</p>	X	
----	--	--	---	--

<p>liananz haben werden, wenn die weiteren Kosten für den Ausbau von Straßen vom Steuerzahler getragen würden, genauso wie die Folgekosten zur Behandlung von Krankheiten. Aufgrund der Verlagerung von Bürokomplexen in die Außenbezirke käme es ihrer Meinung nach zum Verlust von Frischluftschneisen und Grünflächen. Dafür erhielten die Außenbezirke Mietsteigerungen, Verkehrschaos, noch schlechtere Luft und Lärm. Außerdem verlören Menschen in den Außenbezirken ihre Wohnungen und ihr soziales Umfeld zugunsten der Geschäfte von Großkonzernen. Durch Verlagerung der Arbeitsplätze aus der Innenstadt wollen Investoren auf den freiwerdenden Flächen exklusive Wohnungen bauen, aber keine, die im Mittel- und Sozialstand dringend gebraucht würden. Sie fragt sich, was diese Entwicklung mit den Wahlversprechen der Politiker, Schaden vom Volk abwenden zu wollen, zu tun habe.</p>			
--	--	--	--

<p>18</p>	<p><u>Thema: Allianz</u></p> <p>Er sei direkt betroffen durch die Baupläne der Allianz. Mit der Aussage, die Allianz hätte keinen anderen Bauplatz gefunden, gebe er sich nicht zufrieden. Ihn interessiere, warum die Allianz das Eiermann-Areal abgelehnt habe. Er und seine Mitmieter fragen sich weiter, warum zusätzlich der schmale Streifen Grund der Allianz zum Kauf angeboten worden sei, worauf aktuell Wohnungen stünden und der Bauhof und der Abfallwirtschaftsbetrieb ansässig seien.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erläutert, dass das zentrale Argument der Allianz gegen das Eiermann-Areal eben der fehlende ÖPNV war. Aus diesem Grund seien auch andere Standort-Alternativen ausgeschieden. Die Allianz AG lege großen Wert auf eine gute ÖPNV-Anbindung, die im Synergiepark hervorragend bestünde.</p> <p><u>Erster Bürgermeister Föll</u> erklärt, dass die städtischen Flächen und die der SWSG deshalb der Allianz zum Kauf angeboten worden wären, damit die Frischluftschneise mit einer Breite von 50 Metern umgesetzt werden könne. Außerdem sei eine Bebauung für 4000 Arbeitsplätze nur unter Hinzunahme dieser Flächen städtebaulich zu verkraften. Für den Abfallwirtschaftsbetrieb und den Bauhof des Tiefbauamts gebe es bereits konkrete Planungen für alternative Standorte. Außerdem würde die SWSG in den nächsten Wochen auf alle Mieterinnen und Mieter zugehen um unter Berücksichtigung der individuellen Situation alternativen Wohnraum anbieten zu können.</p>	<p>X</p>	
-----------	--	--	----------	--

<p>19</p>	<p><u>Thema: Barrierefreier Zugang zum Alten Friedhof</u></p> <p>Ende des vergangenen Jahres sei in der Filderzeitung ein Bericht darüber erschienen, dass tagsüber am Eingang zum Alten Vaihinger Friedhof eine mobile Rampe angebracht werden könne. Allerdings müsse diese aus Denkmalschutzgründen abends vom Friedhofswärter wieder entfernt werden. Da Kunst Brücken bauen kann, habe er sich nun Gedanken darüber gemacht, wie durch eine künstlerisch gestaltete Rampe der Zugang barrierefrei erreicht werden könnte. Den Entwurf hierzu habe er über alle Instanzen der Stadtverwaltung eingereicht, allerdings sei dieser immer mit der Begründung Denkmalschutz abgelehnt worden. Sein Entwurf habe mit dem Denkmal an sich nichts zu tun, nicht einmal die Kante würde berührt werden. Er kann sich nicht vorstellen, dass der Denkmalschutz an einer solchen Stelle mehr wiege als der Mensch, der den Friedhof besuchen möchte. Das weitere Argument, der Friedhof könne über den Hinterhof barrierefrei erreicht werden, verstehe er nicht. Seiner Meinung nach gebe es nichts und für Stuttgart Blamableres, als den Menschen das zuzumuten.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> dankt für den Vorschlag und sagt zu, zusammen mit den zuständigen Bürgermeisterkollegen darüber zu beraten und ihn wissen zu lassen, ob es eine Möglichkeit gebe, den unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden.</p>		<p>OBM i. V. m. Referat T und Referat StU</p>
-----------	---	--	--	---

20	Ein <b>Bürger</b> bittet darum die Einwohnerversammlung nun zu beenden.	<u>Oberbürgermeister Kuhn</u> nimmt den Vorschlag wie bereits vorab angekündigt auf und bedankt sich bei den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern für die rege Beteiligung. Er versichert, dass das Engagement nicht umsonst gewesen sei, sondern dass die Bürgermeister die Anregungen aufgenommen hätten. Die Bürgerinnen und Bürger könnten jederzeit auf die Stadtverwaltung, die Bürgermeister, wie auch die Stadträte und Bezirksbeiräte mit ihren Anregungen und Sorgen zugehen.		
----	---	---	--	--

Stuttgart, 18. April 2017

Stückle